

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Mittwoch, 10. April 1895.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 2-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
wiederhöchst; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beizettel über deren Name im Morgenblatt  
15 Pf. im Abendblatt und Notizen 30 Pf.

### Der Antikultuskampf.

Je weiter sich die Dinge entwickelt haben, je weiter namentlich die Verhandlungen in der Umsturzkommision dahinührten, daß dem Zentrum zu Liebe Bestimmungen aufgenommen wurden, die mit der Bekämpfung der Revolution nicht das Geringste zu thun haben, dafür aber desto greiner sind, die Geisteskraft in Jesu zu schlagen, um so allgemeiner wird auch die Überzeugung, daß der ganze Fazit der Klerikalen lediglich von langer Hand wohl vorbereitet war, um dem geistigen Leben unserer Nation eine tiefe Wunde zu verlegen. Sowohl es sich darum handelt, den Staat vor revolutionären Bestrebungen zu schützen, die nationalen Güter unseres Volkes zu sichern und Sitte und Kultur zu erhalten, wird jeder Klerikale stunden seine Unterstützung gern gewähren; soweit aber der Weg bereitet werden soll für die Alerklarifizierung des Volkes, ein Weg, der nur durch künftige Verdummung möglich ist, soweit wird die äußerste Gegenwehr geboten erscheinen.

Während es immerhin gelang, auf die aus der Umsturzvorlage drohenden Gefahren die öffentliche Aufmerksamkeit zu lenken, ist die fast ebenso verderbliche Parallelaktion des Zentrums, die sich in den Anträgen Grüber-Hüge und in dem von der Regierung eingebrachten, den Wünschen des Zentrums in der Hauptfahne willfährenden Artikel 7 der Gewerbebovile ausdrücklich, fast gänzlich unbeachtet geblieben. Man überließ es vollkommen, daß hier der deutschen Literatur und der Presse ebenso wie dem Buchhandel eine Schlinge gelegt worden ist, die kaum noch zugezogen zu werden braucht, um diese drei wichtigen Faktoren der modernen Kultur zu ersticken. Scheinbar gilt der Kampf dem Schutz des seßhaften Gewerbes, in Wirklichkeit jedoch benutzt man diese geschickt gewählte Maske, um der Bildung und den Bildungsmitteln an den Leib zu rütteln. Wie es mit dem Schutz des Mittelstandes bestellt ist, das hat, ehe die Parteiparole ausgesetzt worden war, der "Preuß. Lehrerzeitg." ungefähr Folgendes:

"Das Lehrerbildungsgeges ist in Berechnung, aber vor dem Juri lassen sich die Ergebnisse der Steuern nicht bestimmen, um zu entscheiden, ob die nötigen Gelde vorhanden sind. In den Grundzügen bin ich mit dem Herrn Kultusminister völlig einig. Aber verschieden Einzelheiten der dienten sogar noch der Erhebungen. Der ganze Entwurf muss dann noch im Staatsministerium beraten werden, wozu noch Zeit gehört, sobald es nicht möglich sein wird, den Gesetzentwurf noch in dieser Landtagssession, die sich ja jetzt schon ihrem letzten Theil nähert, vorzulegen. Wenn wir es auch früher ermöglichen wollten, so könnten wir es doch nicht, da uns durch Landtagsbeschluss die Hände gebunden sind. Es ist seinerzeit von der Staatsregierung die Einstellung von 4½ Millionen für Schulzwecke beantragt worden; der Landtag aber hat diese Summe nur unter der Bedingung bewilligt, daß die aus den neuen Steuerabgaben erhofften Verehrungen in der Höhe von 35 Millionen auch wirklich erreicht werden. Jede Mindererstattung dagegen soll aus den 4½ Millionen gedeckt werden. Deshalb dürfen wir, ehe wir genau wissen, daß die Mehrerträge sich auf 35 Millionen belaufen, dem Landtag gar nicht mit einem Befolgsgeges kommen. Sodann erachte ich es als gar keinen Vortheil, wenn wir noch in dem letzten Theile dieser Session mit einer Vorlage kommen wollen. Denn wenn ich auch mit dem Herrn Kultusminister vollständig einverstanden bin, die Frage der Lehrerbildung nicht mit einem allgemeinen Schulgesetz zu vergründen, so sind doch bedeutende Strömungen vorhanden, die ein Lehrerbildungsgeges nicht ohne ein Schulgesetz bewilligen wollen. Zum andern ist die Stimmung auf dem Lande jeglicher Ausserung gegenüber angeblich nicht günstig. Ich würde ja selber, daß die Münzstände in der Lehrerbildung bestätigt werden. Aber im Interesse der Lehrer halte ich es für besser, wenn wir bis zum nächsten Jahre warten; es kann dann alles besser vorbereitet und manche Hindernisse können beseitigt werden. Denn wenn jetzt eine Vorlage abgelehnt würde, wäre eine neue in den nächsten Jahren nicht möglich." Seitens der Deputation wurde darauf erwidert, daß dies besonders im Interesse der Lehrer in den Dörfern und in den kleinen Städten, die sich jahraus, jahrein mit einem Gehalt von wenigen hundert Mark befassen müßten, sehr bedauerlich sei. Gerade für sie, die so lange vergeblich gehofft hätten, wäre eine Gehaltsaufbesserung, und wenn sie nur um wenige Monate beobachtigt werden könnte, eine wesentliche Hilfe, erneutes Warten aber doppelt schmerzlich. Der Minister wies darauf auf die Finanzlage des Reiches hin. Diesem leisten, weil der Reichstag neue Mittel nicht bewilligte, 100 Millionen Mark. Dies drückt wieder auf die Einzelstaaten, die nun mehr aufzutragen mißten, in einer Weise, daß die Ausbesserung der Beamtengehälter überhaupt ins Stocken gerathen wäre. Vielleicht habe man übers Jahr auch bessere Kornpreise, so daß dann vielleicht mehr Neigung vorhanden sei, auch für Schulzwecke Gelder zu bewilligen.

Wie die "Post" erfuhr, ist die Frage der Plazierung der fremdländischen Geschwader und einzeln auferstandenen Kriegsfahrzeuge bei der Gründung des Nordostsee-Kanals in der Hauptfahne als erledigt zu betrachten. So läßt der Dasekapitän des Kieler Reichskriegshafens, Kapitän zur See d. D. Langenau, in Verbindung mit dem Oberpost-Direktor der kaiserlichen Post zu Kieler Kapitän zur See Oldendorff, bereit gegenwärtig eine lange Reihe von veranlaßten Bogen legen, an denen die einzelnen fremden Kriegsfahrzeuge festmachen werden. Die Liegestellen der gesamten Flotten im Kieler Hafen werden in zwei Reihen stattfinden, da einerseits eine Reihe trotz der Größe des Kieler Hafens von gegen 10 Kilometern nicht ausreichen würde und man auf der anderen Seite den um entfernsteren von der Stadt anliegenden Schiffen die Kommunikationsverhältnisse nach dem Drehen leichter will. Auf diese Weise wird zwischen den beiden Doppelreihen der Geschwader ein natürliches, gefügtes Fahrwasser gewonnen werden, das den Bootsbefehl der Schiffe unter stand und von den Schiffen zum Lande möglichst erleichtern wird.

Auch der Frage der Verantwortung der Geschwader, sowohl sie sich auf die Verfolgung und die Übernahme von Kriegsfahrzeugen bezieht, ist man bereits nach Möglichkeiten nahe getreten. Die heimischen Kriegsfahrzeuge werden angewiesen werden, nach dieser Richtung hin ihre Gedrississe bis zu einem bestimmten Tage zu bezeichnen, so daß während der eigentlichen Feste jeder Wunsch

nicht der geringste Maßstab. Im Übrigen aber ist die ledige Affäre, die seit nem Monaten die Öffentlichkeit beschäftigt, noch immer in mysteriösem Dunkel gehüllt. Ob die Verhandlungen von dem Kriegsgericht irgend eine Spur des wirklichen Thaters aufweisen, ist nicht bekannt geworden. Denfalls wäre es zu wünschen, daß die Öffentlichkeit hieron Kenntnis erhielte.

Aus Schaumburg-Lippe berichtet die "Allg. Ev. Luth. Kirchen-Ztg.": Prinz Otto von Schaumburg-Lippe hat sich bekanntlich (bei seiner Verheirathung mit Prinzessin Anna von Köpen, jetzt Gräfin von Hagenburg) im vorigen Jahre zuerst katholisch, dann evangelisch trauen lassen. Trotz unserer authentischen Widerlegung hielt die ultrakonservative Presse davon fest, daß er vor der katholischen Trauung alles versprochen habe, "was die katholische Kirche nur wünschen könnte". Dies drog sich vor allem auf die Kindererziehung. Seinen geht uns nun die Nachricht zu, daß der am 15. Januar geborene Prinz am 5. März durch den Militär-Oberpfarrer Busler (in May) evangelisch getauft worden ist.

Der in Eisenach zur Stichwahl gelangte Kandidat und zweite Vorsitzender des Bundes der Landwirte, Dr. Rößle, hat sich in einem, an den Oberamtmann Odenburg gerichteten offenen Brief (abgedruckt in Nr. 18 der "Deutschen Tageszeitung") am Schlusse folgendermaßen ausgesprochen: "Ich würde mich im Reichstag daher nur derjenigen Partei anschließen können, welche immer mehr gezeigt hat, daß sie sich bestrebt, die wirtschaftlichen Fragen richtig zu erkennen u. Dies ist die deutsch-konservative Partei." Demnach dürfte die Annahme der "Post", daß Herr Dr. Rößle der konservativen Partei beitreten werde, lediglich eine irrege sein.

Eine Deputation des preußischen Landeslehrervereins ist am 28. März, wie seinerzeit gemeldet, in der Frage des Volksschulcherbildungs-Gesetzes vom Finanzminister Dr. Miguel empfangen worden. Der Minister erwiderte nach der "Preuß. Lehrerzeitg." ungefähr Folgendes:

"Das Lehrerbildungsgeges ist in Berechnung, aber vor dem Juri lassen sich die Ergebnisse der Steuern nicht bestimmen, um zu entscheiden, ob die nötigen Gelde vorhanden sind. In den Grundzügen bin ich mit dem Herrn Kultusminister völlig einig. Aber verschieden Einzelheiten der dienten sogar noch der Erhebungen. Der ganze Entwurf muss dann noch im Staatsministerium beraten werden, wozu noch Zeit gehört, sobald es nicht möglich sein wird, den Gesetzentwurf noch in dieser Landtagssession, die sich ja jetzt schon ihrem letzten Theil nähert, vorzulegen. Wenn wir es auch früher ermöglichen wollten, so könnten wir es doch nicht, da uns durch Landtagsbeschluss die Hände gebunden sind. Es ist seinerzeit von der Staatsregierung die Einstellung von 4½ Millionen für Schulzwecke beantragt worden; der Landtag aber hat diese Summe nur unter der Bedingung bewilligt, daß die aus den neuen Steuerabgaben erhofften Verehrungen in der Höhe von 35 Millionen auch wirklich erreicht werden. Jede Mindererstattung dagegen soll aus den 4½ Millionen gedeckt werden. Deshalb dürfen wir, ehe wir genau wissen, daß die Mehrerträge sich auf 35 Millionen belaufen, dem Landtag gar nicht mit einem Befolgsgeges kommen. Sodann erachte ich es als gar keinen Vortheil, wenn wir noch in dem letzten Theile dieser Session mit einer Vorlage kommen wollen. Denn wenn ich auch mit dem Herrn Kultusminister vollständig einverstanden bin, die Frage der Lehrerbildung nicht mit einem allgemeinen Schulgesetz zu vergründen,

so sind doch bedeutende Strömungen vorhanden,

die ein Lehrerbildungsgeges nicht ohne ein Schulgesetz bewilligen wollen. Zum andern ist die Stimmung auf dem Lande jeglicher Ausserung gegenüber angeblich nicht günstig. Ich würde ja selber, daß die Münzstände in der Lehrerbildung bestätigt werden. Aber im Interesse der Lehrer halte ich es für besser, wenn wir bis zum nächsten Jahre warten; es kann dann alles besser vorbereitet und manche Hindernisse können beseitigt werden. Denn wenn jetzt eine Vorlage abgelehnt

würde, wäre eine neue in den nächsten Jahren nicht möglich." Seitens der Deputation wurde darauf erwidert, daß dies besonders im Interesse der Lehrer in den Dörfern und in den kleinen Städten, die sich jahraus, jahrein mit einem Gehalt von wenigen hundert Mark befassen müßten, sehr bedauerlich sei. Gerade für sie, die so lange vergeblich gehofft hätten, wäre eine Gehaltsaufbesserung, und wenn sie nur um wenige Monate beobachtigt werden könnte, eine wesentliche Hilfe, erneutes Warten aber doppelt schmerzlich. Der Minister wies darauf auf die Finanzlage des Reiches hin. Diesem leisten, weil der Reichstag neue Mittel nicht bewilligte, 100 Millionen Mark. Dies drückt wieder auf die Einzelstaaten, die nun mehr aufzutragen mißten, in einer Weise, daß die Ausbesserung der Beamtengehälter überhaupt ins Stocken gerathen wäre. Vielleicht habe man übers Jahr auch bessere Kornpreise, so daß dann vielleicht mehr Neigung vorhanden sei, auch für Schulzwecke Gelder zu bewilligen.

Der Kanzelparagraph, der den Kaplanen die Schimpfsfreiheit beschreibt, wird ohnehin aufgehoben, die Anreizung zum Widerstand gegen die Gegenreform wird auf Wunsch des Zentrums als erledigt zu betrachten. So läßt der Dasekapitän zur See d. D. Langenau, in Verbindung mit dem Oberpost-Direktor der kaiserlichen Post zu Kieler Kapitän zur See Oldendorff, bereit gegenwärtig eine lange Reihe von veranlaßten Bogen legen, an denen die einzelnen fremden Kriegsfahrzeuge festmachen werden. Die Liegestellen der gesamten Flotten im Kieler Hafen werden in zwei Reihen stattfinden, da einerseits eine Reihe trotz der Größe des Kieler Hafens von gegen 10 Kilometern nicht ausreichen würde und man auf der anderen Seite den um entfernsteren von der Stadt anliegenden Schiffen die Kommunikationsverhältnisse nach dem Drehen leichter will. Auf diese Weise wird zwischen den beiden Doppelreihen der Geschwader ein natürliches, gefügtes Fahrwasser gewonnen werden, das den Bootsbefehl der Schiffe unter stand und von den Schiffen zum Lande möglichst erleichtern wird.

Auch der Frage der Verantwortung der Geschwader, sowohl sie sich auf die Verfolgung und die Übernahme von Kriegsfahrzeugen bezieht, ist man bereits nach Möglichkeiten nahe getreten. Die heimischen Kriegsfahrzeuge werden angewiesen werden, nach dieser Richtung hin ihre Gedrississe bis zu einem bestimmten Tage zu bezeichnen, so daß während der eigentlichen Feste jeder Wunsch

nicht der geringste Maßstab. Im Übrigen aber ist die ledige Affäre, die seit nem Monaten die Öffentlichkeit beschäftigt, noch immer in mysteriösem Dunkel gehüllt. Ob die Verhandlungen von dem Kriegsgericht irgend eine Spur des wirklichen Thaters aufweisen, ist nicht bekannt geworden. Denfalls wäre es zu wünschen, daß die Öffentlichkeit hieron Kenntnis erhielte.

Aus Schaumburg-Lippe berichtet die "Allg. Ev. Luth. Kirchen-Ztg.": Prinz Otto von Schaumburg-Lippe hat sich bekanntlich (bei seiner Verheirathung mit Prinzessin Anna von Köpen, jetzt Gräfin von Hagenburg) im vorigen Jahre zuerst katholisch, dann evangelisch trauen lassen. Trotz unserer authentischen Widerlegung hielt die ultrakonservative Presse davon fest, daß er vor der katholischen Trauung alles versprochen habe, "was die katholische Kirche nur wünschen könnte". Dies drog sich vor allem auf die Kindererziehung. Seinen geht uns nun die Nachricht zu, daß der am 15. Januar geborene Prinz am 5. März durch den Militär-Oberpfarrer Busler (in May) evangelisch getauft worden ist.

Der in Eisenach zur Stichwahl gelangte Kandidat und zweite Vorsitzender des Bundes der Landwirte, Dr. Rößle, hat sich in einem, an den Oberamtmann Odenburg gerichteten offenen Brief (abgedruckt in Nr. 18 der "Deutschen Tageszeitung") am Schlusse folgendermaßen ausgesprochen: "Ich würde mich im Reichstag daher nur derjenigen Partei anschließen können, welche immer mehr gezeigt hat, daß sie sich bestrebt, die wirtschaftlichen Fragen richtig zu erkennen u. Dies ist die deutsch-konservative Partei." Demnach dürfte die Annahme der "Post", daß Herr Dr. Rößle der konservativen Partei beitreten werde, lediglich eine irrege sein.

Eine Deputation des preußischen Landeslehrervereins ist am 28. März, wie seinerzeit gemeldet, in der Frage des Volksschulcherbildungs-Gesetzes vom Finanzminister Dr. Miguel empfangen worden. Der Minister erwiderte nach der "Preuß. Lehrerzeitg." ungefähr Folgendes:

"Das Lehrerbildungsgeges ist in Berechnung, aber vor dem Juri lassen sich die Ergebnisse der Steuern nicht bestimmen, um zu entscheiden, ob die nötigen Gelde vorhanden sind. In den Grundzügen bin ich mit dem Herrn Kultusminister völlig einig. Aber verschieden Einzelheiten der dienten sogar noch der Erhebungen. Der ganze Entwurf muss dann noch im Staatsministerium beraten werden, wozu noch Zeit gehört, sobald es nicht möglich sein wird, den Gesetzentwurf noch in dieser Landtagssession, die sich ja jetzt schon ihrem letzten Theil nähert, vorzulegen. Wenn wir es auch früher ermöglichen wollten, so könnten wir es doch nicht, da uns durch Landtagsbeschluss die Hände gebunden sind. Es ist seinerzeit von der Staatsregierung die Einstellung von 4½ Millionen für Schulzwecke beantragt worden; der Landtag aber hat diese Summe nur unter der Bedingung bewilligt, daß die aus den neuen Steuerabgaben erhofften Verehrungen in der Höhe von 35 Millionen auch wirklich erreicht werden. Jede Mindererstattung dagegen soll aus den 4½ Millionen gedeckt werden. Deshalb dürfen wir, ehe wir genau wissen, daß die Mehrerträge sich auf 35 Millionen belaufen, dem Landtag gar nicht mit einem Befolgsgeges kommen. Sodann erachte ich es als gar keinen Vortheil, wenn wir noch in dem letzten Theile dieser Session mit einer Vorlage kommen wollen. Denn wenn ich auch mit dem Herrn Kultusminister vollständig einverstanden bin, die Frage der Lehrerbildung nicht mit einem allgemeinen Schulgesetz zu vergründen,

so sind doch bedeutende Strömungen vorhanden,

die ein Lehrerbildungsgeges nicht ohne ein Schulgesetz bewilligen wollen. Zum andern ist die Stimmung auf dem Lande jeglicher Ausserung gegenüber angeblich nicht günstig. Ich würde ja selber, daß die Münzstände in der Lehrerbildung bestätigt werden. Aber im Interesse der Lehrer halte ich es für besser, wenn wir bis zum nächsten Jahre warten; es kann dann alles besser vorbereitet und manche Hindernisse können beseitigt werden. Denn wenn jetzt eine Vorlage abgelehnt

würde, wäre eine neue in den nächsten Jahren nicht möglich." Seitens der Deputation wurde darauf erwidert, daß dies besonders im Interesse der Lehrer in den Dörfern und in den kleinen Städten, die sich jahraus, jahrein mit einem Gehalt von wenigen hundert Mark befassen müßten, sehr bedauerlich sei. Gerade für sie, die so lange vergeblich gehofft hätten, wäre eine Gehaltsaufbesserung, und wenn sie nur um wenige Monate beobachtigt werden könnte, eine wesentliche Hilfe, erneutes Warten aber doppelt schmerzlich. Der Minister wies darauf auf die Finanzlage des Reiches hin. Diesem leisten, weil der Reichstag neue Mittel nicht bewilligte, 100 Millionen Mark. Dies drückt wieder auf die Einzelstaaten, die nun mehr aufzutragen mißten, in einer Weise, daß die Ausbesserung der Beamtengehälter überhaupt ins Stocken gerathen wäre. Vielleicht habe man übers Jahr auch bessere Kornpreise, so daß dann vielleicht mehr Neigung vorhanden sei, auch für Schulzwecke Gelder zu bewilligen.

Der Kanzelparagraph, der den Kaplanen die Schimpfsfreiheit beschreibt, wird ohnehin aufgehoben, die Anreizung zum Widerstand gegen die Gegenreform wird auf Wunsch des Zentrums als erledigt zu betrachten. So läßt der Dasekapitän zur See d. D. Langenau, in Verbindung mit dem Oberpost-Direktor der kaiserlichen Post zu Kieler Kapitän zur See Oldendorff, bereit gegenwärtig eine lange Reihe von veranlaßten Bogen legen, an denen die einzelnen fremden Kriegsfahrzeuge festmachen werden. Die Liegestellen der gesamten Flotten im Kieler Hafen werden in zwei Reihen stattfinden, da einerseits eine Reihe trotz der Größe des Kieler Hafens von gegen 10 Kilometern nicht ausreichen würde und man auf der anderen Seite den um entfernsteren von der Stadt anliegenden Schiffen die Kommunikationsverhältnisse nach dem Drehen leichter will. Auf diese Weise wird zwischen den beiden Doppelreihen der Geschwader ein natürliches, gefügtes Fahrwasser gewonnen werden, das den Bootsbefehl der Schiffe unter stand und von den Schiffen zum Lande möglichst erleichtern wird.

Auch der Frage der Verantwortung der Geschwader, sowohl sie sich auf die Verfolgung und die Übernahme von Kriegsfahrzeugen bezieht, ist man bereits nach Möglichkeiten nahe getreten. Die heimischen Kriegsfahrzeuge werden angewiesen werden, nach dieser Richtung hin ihre Gedrississe bis zu einem bestimmten Tage zu bezeichnen, so daß während der eigentlichen Feste jeder Wunsch

nicht der geringste Maßstab. Im Übrigen aber ist die ledige Affäre, die seit nem Monaten die Öffentlichkeit beschäftigt, noch immer in mysteriösem Dunkel gehüllt. Ob die Verhandlungen von dem Kriegsgericht irgend eine Spur des wirklichen Thaters aufweisen, ist nicht bekannt geworden. Denfalls wäre es zu wünschen, daß die Öffentlichkeit hieron Kenntnis erhielte.

Aus Schaumburg-Lippe berichtet die "Allg. Ev. Luth. Kirchen-Ztg.": Prinz Otto von Schaumburg-Lippe hat sich bekanntlich (bei seiner Verheirathung mit Prinzessin Anna von Köpen, jetzt Gräfin von Hagenburg) im vorigen Jahre zuerst katholisch, dann evangelisch trauen lassen. Trotz unserer authentischen Widerlegung hielt die ultrakonservative Presse davon fest, daß er vor der katholischen Trauung alles versprochen habe, "was die katholische Kirche nur wünschen könnte". Dies drog sich vor allem auf die Kindererziehung. Seinen geht uns nun die Nachricht zu, daß der am 15. Januar geborene Prinz am 5. März durch den Militär-Oberpfarrer Busler (in May) evangelisch getauft worden ist.

Der in Eisenach zur Stichwahl gelangte Kandidat und zweite Vorsitzender des Bundes der Landwirte, Dr. Rößle, hat sich in einem, an den Oberamtmann Odenburg gerichteten offenen Brief (abgedruckt in Nr. 18 der "Deutschen Tageszeitung") am Schlusse folgendermaßen ausgesprochen: "Ich würde mich im Reichstag daher nur derjenigen Partei anschließen können, welche immer mehr gezeigt hat, daß sie sich bestrebt, die wirtschaftlichen Fragen richtig zu erkennen u. Dies ist die deutsch-konservative Partei." Demnach dürfte die Annahme der "Post", daß Herr Dr. Rößle der konservativen Partei beitreten werde, lediglich eine irrege sein.

Eine Deputation des preußischen Landeslehrervereins ist am 28. März, wie seinerzeit gemeldet, in der Frage des Volksschulcherbildungs-Gesetzes vom Finanzminister Dr. Miguel empfangen worden. Der Minister erwiderte nach der "Preuß. Lehrerzeitg." ungefähr Folgendes:

"Das Lehrerbildungsgeges ist in Berechnung, aber vor dem Juri lassen sich die Ergebnisse der Steuern nicht bestimmen, um zu entscheiden, ob die nötigen Gelde vorhanden sind. In den Grundzügen bin ich mit dem Herrn Kultusminister völlig einig. Aber verschieden Einzelheiten der dienten sogar noch der Erhebungen. Der ganze Entwurf muss dann noch im Staatsministerium beraten werden, wozu noch Zeit gehört, sobald es nicht möglich sein wird, den Gesetzentwurf noch in dieser Landtagssession, die sich ja jetzt schon ihrem letzten Theil nähert, vorzulegen. Wenn wir es auch früher ermöglichen wollten, so könnten wir es doch nicht, da uns durch Landtagsbeschluss die Hände gebunden sind. Es ist seinerzeit von der Staatsregierung die Einstellung von 4½ Millionen für Schulzwecke beantragt worden; der Landtag aber hat diese Summe nur unter der Bedingung bewilligt, daß die aus den neuen Steuerabgaben erhofften Verehrungen in der Höhe von 35 Millionen auch wirklich erreicht werden. Jede Mindererstattung dagegen soll aus den 4½ Millionen gedeckt werden. Deshalb dürfen wir, ehe wir genau wissen, daß die Mehrerträge sich auf 35 Millionen belaufen, dem Landtag gar nicht mit einem Befolgsgeges kommen. Sodann erachte ich es als gar keinen Vortheil, wenn wir noch in dem letzten Theile dieser Session mit einer Vorlage kommen wollen. Denn wenn ich auch mit dem Herrn Kultusminister vollständig einverstanden bin, die Frage der Lehrerbildung nicht mit einem allgemeinen Schulgesetz zu vergründen,

so sind doch bedeutende Strömungen vorhanden,

für die Einführung von Stichwahlen, bei welchen die Stimmen und die gefährdeten Wahlzettel zwischen den Parteien verschoben werden könnten. Vorläufig aber werden sich die Radikalen noch etwas in Geduld fassen müssen. Ihr Antrag wurde zwar gestern mit 132 gegen 72 Stimmen angenommen, aber die Regierung bezeichnete auch nicht die geringste Lust, auf die Erfüllung dieses Wunsches weiter einzugehen. Die meisten Minister sind einer solchen Änderung schon darum feindlich, weil sie die Wahlunfosten ganz wesentlich erhöhen müßte, während doch mit Ungezügeln von allen Seiten eine Verminderung derselben gefordert wird.

### Rußland.

Petersburg, 8. April. Die postalischen Zustände in Lodz, dem russischen Manchester, drohen nachgerade zu einem öffentlichen Skandal zu werden, und wollen wir daher auch an dieser Stelle von denselben Notiz nehmen, um so mehr, als auch die Handelsbeziehungen zwischen Lodz und Deutschland äußerst enge sind. Die Stadt zählt ca. 300.000 Einwohner, das heißt so viel wie Odesa, und hat das Postpersonal einer kleinen Kreisstadt. Abgesehen von den Buden von Zeitungen und Journalen treffen in Lodz ca. 7000 Briefe täglich ein, zu deren Ausbringung zehn bis zwölf Briefträger zur Verfügung stehen, also auf 25.000 Einwohner einen Briefträger, der einen Rappen von sieben Westl. Längen und drei Westl. Breite zu bewältigen hat. Für das Sortieren der Briefe sind so wenig Kräfte vorhanden, daß die erste Post, die Morgens um 10<sup>1/2</sup> Uhr in Lodz eintrifft, erst um 4 Uhr ausgetragen werden kann.

Nur die Zeitungen und reformanständigen Briefe werden den Adressaten noch am Tage des Eintritts zugestellt, die einfache Korrespondenz bleibt noch abgedrängt bis zum zweiten oder dritten Tag liegen oder geht vielfach ganz verloren, und das in einer Geschäftsstadt wie Lodz, die im Mausoleumshandel nach Moskau die erste Stelle in Russland einnimmt. Das Chaos, das in dem kleinen Lodzer Postamt herrscht, spottet jeder Beschreibung; das Publikum drängt sich fast mit Gewalt hinein, um an dem Sortieren der Briefe teilzunehmen, wobei so mancher wichtige Geschäftsbrieftausch unabsichtlich, teils wohl auch absichtlich in fremde Hände gerät. Bei dieser Gelegenheit werden häufig auch ausgegebene Geschäftstelegramme von Überzeugen gelesen, kurz, das Postgeheimnis existiert de facto in Lodz nicht. Die wenigen Beamten, die schlummer daran sind als Zwangsarbeiter, sind unvermögend, diese Zustände zu ändern.

Es ist mit der Post in Lodz dieselbe Geschichte wie mit der Polizei. Die Entwicklung von Lodz ist so amerikanisch rasch vor sich gegangen, daß man in Petersburg dieser Entwicklung gar nicht hat folgen können, so daß der Bestand der Behörden noch immer aus ein Lodz zugeschnitten ist, das seine 30.000 Einwohner hat, das heißt zehnmal weniger als in Wirklichkeit. Raubansätze in den belebtesten Straßen der Stadt und am hellen Tage sind daher in Lodz durchaus nichts Selenes. In der letzten Zeit ist zwar eine Verstärkung der Lodzer Polizei erfolgt, aber zu geringen Maßstäben, als daß eine wesentliche Befreiung der öffentlichen Sicherheitszustände hätte erzielt werden können.

Petersburg, 9. April. Der Legationssekretär bei der russischen Gesandtschaft in Stuttgart, Graf Lambsdorff, ist zum Sekretär der Kaiserin Alexandra Fedorowna ernannt worden.

Wie ähnlich angezeigt wird, findet dieses Jahr zu Ostern keine Auffahrt zur Beglückschwörung bei dem Kaiserpaare statt.

In der gemeinsamen Tagung des Ausschusses für die sibirische Eisenbahn und des Reichsökonomiedepartments sollen auf Besuch des Kaisers 346 220 Rubel bewilligt werden zur Beschaffung von Postwaggons für die Eisenbahnstrecke Tscheljabinsk-Irtysch; ferner sollen Vorschläge gemacht werden, wegen Heranziehung von Zwangsmitteln zum Bau der östlichen Strecken der sibirischen Eisenbahn, da dieser Bau in der letzten Zeit in hohe Verdacht geriet. Insgesamt sind die Kosten der Eisenbahnstrecke Tscheljabinsk-Irtysch, ferner sollen Vorschläge gemacht werden, welche mit Böhmen in Verbindung standen, um den Betrieb der Eisenbahn zu ermöglichen.

Die Kommission zur Durchsicht der Gerichtsgesetzgebung fordert im "Regierungsboten" alle Personen, die sich für die vaterländische Justiz interessieren, auf, unparteiische praktische Hinweise auf wünschenswerte Änderungen in dem gegenwärtigen Justizwesen zu äußern.

Kiew, 9. April. Das Bezirksgericht verhandelt die Zivilklage des Syndikats der Zuckerfabrikanten gegen die vertragsschädliche Syndikatsmitglied Baslawowa und erkannte, ohne die Frage der Gefährlichkeit des Syndikats zu berühren, daß der Zivilforderung nicht regelrecht gestellt und daher zurückzuweisen sei.

### Stettiner Nachrichten.

Stettin, 10. April. Von der kaiserlichen Ober-Poßdirektion wird uns mitgeteilt, daß ihr abgehaltenen General-Versammlung der "Bereinigte Pommersche Eisenbahnen" und Halsche Maschinenbau-Anstalt vom Baas und Littmann zu Stettin "wurde die Zahlung einer Dividende von 1½ Proz. beschlossen.

Stolp, 9. April. 100 Mark Belohnung steht die Polizeiwerbung für die Ermittlung des Täters an der Bismarckstraße aus.

### Aus den Provinzen.

Stettin, 9. April. In der gestern hier abgehaltenen General-Versammlung der "Bereinigte Pommersche Eisenbahnen" und Halsche Maschinenbau-Anstalt vom Baas und Littmann zu Stettin "wurde die Zahlung einer Dividende von 1½ Proz. beschlossen.

Stolp, 9. April. 100 Mark Belohnung steht die Polizeiwerbung für die Ermittlung des Täters an der Bismarckstraße aus.

### Kunst und Literatur.

Von E. Werner's "Gesammelten Romanen und Novellen" sind soeben die Lieferungen 31 bis 36 im Verlag von Ernst Keil's Nachfolger in Leipzig erschienen. Der Roman, "Gebaut und erlöst", der seiner Zeit mit so großem Beifall von der Weltwelt aufgenommen wurde, als er zum ersten Male in der "Gartenlaube" erschien, weckt die Spannung bis zum Schlus zu erhalten. In demselben hat E. Werner in trefflicher Weise die praktische Ausbildung der Referendare zu fördern. Zugleich erging an die Oberlandesgerichtspräsidenten das Ersuchen, zu berichten, wie diese Lebungen an den Dörfern, wo sie bereits bestehen, sich bewährt haben, und wie sie im Hinterland auf die s. z. mitgeteilten Anregungen des Präsidenten der Justizprüfungskommission sich andernwärts in Angriff nehmen lassen. Den darüber nunmehr eingegangenen Berichten entnehmen wir, daß innerhalb des Oberlandesgerichtsbezirks Stettin außeramtliche Lebungen für die Referendare bei den fünf Landgerichten eingerichtet sind. Au den bei dem Landgericht Stettin eingerichteten Lebungen nehmen auch die bei dem dortigen Oberlandesgericht beschäftigten Referendare Theil. Wegen der Fülle der amtlichen Geschäfte, welche den die Lebungen leitenden Richtern obliegen, haben an einzelnen Gerichten die Lebungen zeitweise eingestellt werden müssen. Der Erfolg der Lebungen wird nach Ansicht des Oberlandesgerichtspräsidenten vorzugsweise davon abhängen, ob der Leiter derselben selbst die rechte Schulung hat, und ob er auf die Lebungen mehr Zeit verwenden kann, als die einzelnen Richter auf

die Ausübung der ihnen zugewiesenen Referendare verwenden.

Verteidigt des Ammterdienstalters zum Lokomotivführer hat der Minister der öffentlichen Arbeiten jetzt eine Bestimmung getroffen. Da in einigen Direktionsbezirken führten auch Hilfsheizer zur Prüfung als Lokomotivführer zu gelassen worden sind, während die Zulassung einfacher und gemeinverständlich gehaltene Grammatik dazu befähigen wird, längere Sätze selbstständig zu bilden. [17]

Unkraut. Ein Lieder-Büchlein von Hermann Frese. Preis bei G. Scribe. Preis 2 Mark, eleg. geb. mit Holzschnitt 3 Mark. "Was der Dichter unter Unkraut versteht, sind nicht Ditschi, Quellen und andere Schmarotzpräsenz, er denkt dabei an die buntfarbigen, flatternden Winde, an den rothälsigen Mohn und die blaue Chane, an Ritterkorn und Kornkraut, das freilich dem 'erntehoffenden Bauer macht den Wein weißlich sauer', Herz und Augen des vorübergehenden Wanderers erfreut. So ist es denn Bildwuchs in dem Sinne, daß die meisten Gedichte etwas volkstümliches an sich haben, voll ungebundener Lebenslust, voll Sinnlichkeit und oftmais auch voll natürlicher Sinnlichkeit." [31]

mit gutem und sachtidigem Fach über die Ortsverhältnisse an die Hand gehen. Das vorliegende Brotbäckerei, das in der Unterhaltung am häufigsten vor kommenden Wörtern enthält, soll dem Deutschen behilflich sein, die Antworten, die man ihm gibt, die Fragen, die man an ihn richtet, zu verstehen, während ihm die absichtlich einfach und gemeinverständlich gehaltene Grammatik dazu befähigen wird, längere Sätze selbstständig zu bilden.

Unkraut. Ein Lieder-Büchlein von Hermann Frese. Preis bei G. Scribe. Preis 2 Mark, eleg. geb. mit Holzschnitt 3 Mark. "Was der Dichter unter Unkraut versteht, sind nicht Ditschi, Quellen und andere Schmarotzpräsenz, er denkt dabei an die buntfarbigen, flatternden Winde, an den rothälsigen Mohn und die blaue Chane, an Ritterkorn und Kornkraut, das freilich dem 'erntehoffenden Bauer macht den Wein weißlich sauer', Herz und Augen des vorübergehenden Wanderers erfreut. So ist es denn Bildwuchs in dem Sinne, daß die meisten Gedichte etwas volkstümliches an sich haben, voll ungebundener Lebenslust, voll Sinnlichkeit und oftmais auch voll natürlicher Sinnlichkeit." [31]

### Vermischte Nachrichten.

— Das für Meppen bestimmte Standbild des 1891 verstorbenen Reichstag-Altagessors Windhorst ist im Gipsmodell nunmehr vollendet

und die Figur der Gladbach'schen Gießerei in Friedrichshagen (Babylon W. und P. Gladbach) zum Guß übergeben worden. Ende Juni muß kontraktlich die Ausstellung vollendet sein, damit im Juli die Enthüllung stattfinden kann. Das Denkmal wird auf dem Marktplatz in Meppen seine Ausstellung finden. Es erhält eine Höhe von 5,0 Meter, wovon 3,20 auf das Postament, 2,30 auf die Figur kommen. Der berühmte Zeutrumsführer ist auf der hier bildnerisch angedeuteten Tribüne-Treppe des Reichstags stehen dargestellt, von wo er gewöhnlich seine Reden gehalten hat; die ganze Persönlichkeit ist naturwahr, aber monumental und groß in Wirk, ruhig und würdig zur Geltung gebracht. An dem Vorberde des Postaments wird eine Bronzereliefsgruppe angebracht werden: drei weibliche Figuren, deren mittelste eine Tafel mit der Devise des Zeutrumshäls, während die beiden anderen Staat und Kirche personifizieren. Schöpfer des Denkmals ist der Bildhauer Heinrich Pohlmann in Berlin, geboren 1839 zu Iburg bei Detmold.

— Eine Fugstufe von Ostpreußen nach Berlin hat fürs kürzlich ein 72jähriger Arbeiter unternommen. Der in Weißau wohnhafte Mann hatte sich seit längerer Zeit verzögert bemüht, eine Altertumslauftroute zu erklangen und sollte endlich den Entschluß, die Hölle des Kaisers anzutreten. Mangels des nötigen Reisegeldes beschloß der Alte, zu Fuß nach der Kaiserstadt zu pilgern, um bei dem Monarchen persönlich vorstellig zu werden. Erfolgslos lange der Greis nach 23 Tagen hier an, wo er durch Vermittelung eines Postbeamten, dem die Geschichte des Greises gefiel, vom Kaiser empfangen wurde. Wie der zähe Ostpreuße erzählte, erkrankte sich der Monarch eingeben nach seinem Verhältnis, die Untersuchung seiner Angelegenheit durch die zuständigen Behörden anordnen zu lassen. Nachdem der Bittsteller noch reichlich bewirthet worden war, wurde ihm zur Rückreise nach Weißau ein Freiwilliges angestellt, und er ist inzwischen wohlbehalten in seiner Heimat eingetroffen.

— Der ehemalige Hauptmann Dreys ist — so schreibt man aus Paris — am 13. März auf dem Salut-Inseln angelommen und wurde sofort auf die Tenua-Insel überführt, wo ihm eine Hütte mit zwei Gefangen zum Aufenthalt angewiesen wurde. In dem einen Gefangen befindet sich fortwährend stürzender, die Dreyss Tag und Nacht schwarz überwachten. Es ist ihm erlaubt, Spaziergänge im Umkreis von 150 Metern zu machen, die Aufseher haben aber Befehl erhalten, sobald er nur einen Schritt über die Grenzpfähle hinausgeht, von ihren Waffen Gebrauch zu machen. Ferner ist, um jeden Fluchtversuch zu vereiteln, der Urvall im weiten Umkreis um die Inseln, die er sich ohne Weiteres aneignete. Weiter fallen ihm eine Anzahl Befreiungen zur Last, wobei es sich um kleine Verträge von 1,20 bis 8 Mark handelt. Theils vorgelegt R. Geschäftshaber, welche mit Böhmen in Verbindung standen, a. conto der Firma an, theils erzwungen wurden. Die Kunden erhielten dann die ihnen zufallenden Nachzahmungen gegen richtige Quittungen und die Differenz stießte a. in die Tasche, auf solche Weise unterschlug er gegen 2000 Mark. Die unrichtigen Quittungen soll der Angestellte selbst unterstellt und als Beweis der erfolgten Zahlung seinem Chef vorgelegt haben, dies bestreitet er jedoch und beauptet, die Belege wären ihm nie abgefordert worden. Die Quittungen hat R. vernichtet. Einmal fielen dem Angestellten 5 Mark in die Hände, die er sich ohne Weiteres aneignete. Weiter fallen ihm eine Anzahl Befreiungen zur Last, wobei es sich um kleine Verträge von 1,20 bis 8 Mark handelt. Theils vorgelegt R. Geschäftshaber, welche mit Böhmen in Verbindung standen, a. conto der Firma an, theils erzwungen wurden. Die Kunden erhielten dann die ihnen zufallenden Nachzahmungen und die Differenz stießte a. in die Tasche, auf solche Weise unterschlug er gegen 2000 Mark. Die unrichtigen Quittungen soll der Angestellte selbst unterstellt und als Beweis der erfolgten Zahlung seinem Chef vorgelegt haben, dies bestreitet er jedoch und beauptet, die Belege wären ihm nie abgefordert worden. Die Quittungen hat R. vernichtet. Einmal fielen dem Angestellten 5 Mark in die Hände, die er sich ohne Weiteres aneignete. Weiter fallen ihm eine Anzahl Befreiungen zur Last, wobei es sich um kleine Verträge von 1,20 bis 8 Mark handelt. Theils vorgelegt R. Geschäftshaber, welche mit Böhmen in Verbindung standen, a. conto der Firma an, theils erzwungen wurden. Die Kunden erhielten dann die ihnen zufallenden Nachzahmungen und die Differenz stießte a. in die Tasche, auf solche Weise unterschlug er gegen 2000 Mark. Die unrichtigen Quittungen soll der Angestellte selbst unterstellt und als Beweis der erfolgten Zahlung seinem Chef vorgelegt haben, dies bestreitet er jedoch und beauptet, die Belege wären ihm nie abgefordert worden. Die Quittungen hat R. vernichtet. Einmal fielen dem Angestellten 5 Mark in die Hände, die er sich ohne Weiteres aneignete. Weiter fallen ihm eine Anzahl Befreiungen zur Last, wobei es sich um kleine Verträge von 1,20 bis 8 Mark handelt. Theils vorgelegt R. Geschäftshaber, welche mit Böhmen in Verbindung standen, a. conto der Firma an, theils erzwungen wurden. Die Kunden erhielten dann die ihnen zufallenden Nachzahmungen und die Differenz stießte a. in die Tasche, auf solche Weise unterschlug er gegen 2000 Mark. Die unrichtigen Quittungen soll der Angestellte selbst unterstellt und als Beweis der erfolgten Zahlung seinem Chef vorgelegt haben, dies bestreitet er jedoch und beauptet, die Belege wären ihm nie abgefordert worden. Die Quittungen hat R. vernichtet. Einmal fielen dem Angestellten 5 Mark in die Hände, die er sich ohne Weiteres aneignete. Weiter fallen ihm eine Anzahl Befreiungen zur Last, wobei es sich um kleine Verträge von 1,20 bis 8 Mark handelt. Theils vorgelegt R. Geschäftshaber, welche mit Böhmen in Verbindung standen, a. conto der Firma an, theils erzwungen wurden. Die Kunden erhielten dann die ihnen zufallenden Nachzahmungen und die Differenz stießte a. in die Tasche, auf solche Weise unterschlug er gegen 2000 Mark. Die unrichtigen Quittungen soll der Angestellte selbst unterstellt und als Beweis der erfolgten Zahlung seinem Chef vorgelegt haben, dies bestreitet er jedoch und beauptet, die Belege wären ihm nie abgefordert worden. Die Quittungen hat R. vernichtet. Einmal fielen dem Angestellten 5 Mark in die Hände, die er sich ohne Weiteres aneignete. Weiter fallen ihm eine Anzahl Befreiungen zur Last, wobei es sich um kleine Verträge von 1,20 bis 8 Mark handelt. Theils vorgelegt R. Geschäftshaber, welche mit Böhmen in Verbindung standen, a. conto der Firma an, theils erzwungen wurden. Die Kunden erhielten dann die ihnen zufallenden Nachzahmungen und die Differenz stießte a. in die Tasche, auf solche Weise unterschlug er gegen 2000 Mark. Die unrichtigen Quittungen soll der Angestellte selbst unterstellt und als Beweis der erfolgten Zahlung seinem Chef vorgelegt haben, dies bestreitet er jedoch und beauptet, die Belege wären ihm nie abgefordert worden. Die Quittungen hat R. vernichtet. Einmal fielen dem Angestellten 5 Mark in die Hände, die er sich ohne Weiteres aneignete. Weiter fallen ihm eine Anzahl Befreiungen zur Last, wobei es sich um kleine Verträge von 1,20 bis 8 Mark handelt. Theils vorgelegt R. Geschäftshaber, welche mit Böhmen in Verbindung standen, a. conto der Firma an, theils erzwungen wurden. Die Kunden erhielten dann die ihnen zufallenden Nachzahmungen und die Differenz stießte a. in die Tasche, auf solche Weise unterschlug er gegen 2000 Mark. Die unrichtigen Quittungen soll der Angestellte selbst unterstellt und als Beweis der erfolgten Zahlung seinem Chef vorgelegt haben, dies bestreitet er jedoch und beauptet, die Belege wären ihm nie abgefordert worden. Die Quittungen hat R. vernichtet. Einmal fielen dem Angestellten 5 Mark in die Hände, die er sich ohne Weiteres aneignete. Weiter fallen ihm eine Anzahl Befreiungen zur Last, wobei es sich um kleine Verträge von 1,20 bis 8 Mark handelt. Theils vorgelegt R. Geschäftshaber, welche mit Böhmen in Verbindung standen, a. conto der Firma an, theils erzwungen wurden. Die Kunden erhielten dann die ihnen zufallenden Nachzahmungen und die Differenz stießte a. in die Tasche, auf solche Weise unterschlug er gegen 2000 Mark. Die unrichtigen Quittungen soll der Angestellte selbst unterstellt und als Beweis der erfolgten Zahlung seinem Chef vorgelegt haben, dies bestreitet er jedoch und beauptet, die Belege wären ihm nie abgefordert worden. Die Quittungen hat R. vernichtet. Einmal fielen dem Angestellten 5 Mark in die Hände, die er sich ohne Weiteres aneignete. Weiter fallen ihm eine Anzahl Befreiungen zur Last, wobei es sich um kleine Verträge von 1,20 bis 8 Mark handelt. Theils vorgelegt R. Geschäftshaber, welche mit Böhmen in Verbindung standen, a. conto der Firma an, theils erzwungen wurden. Die Kunden erhielten dann die ihnen zufallenden Nachzahmungen und die Differenz stießte a. in die Tasche, auf solche Weise unterschlug er gegen 2000 Mark. Die unrichtigen Quittungen soll der Angestellte selbst unterstellt und als Beweis der erfolgten Zahlung seinem Chef vorgelegt haben, dies bestreitet er jedoch und beauptet, die Belege wären ihm nie abgefordert worden. Die Quittungen hat R. vernichtet. Einmal fielen dem Angestellten 5 Mark in die Hände, die er sich ohne Weiteres aneignete. Weiter fallen ihm eine Anzahl Befreiungen zur Last, wobei es sich um kleine Verträge von 1,20 bis 8 Mark handelt. Theils vorgelegt R. Geschäftshaber, welche mit Böhmen in Verbindung standen, a. conto der Firma an, theils erzwungen wurden. Die Kunden erhielten dann die ihnen zufallenden Nachzahmungen und die Differenz stießte a. in die Tasche, auf solche Weise unterschlug er gegen 2000 Mark. Die unrichtigen Quittungen soll der Angestellte selbst unterstellt und als Beweis der erfolgten Zahlung seinem Chef vorgelegt haben, dies bestreitet er jedoch und beauptet, die Belege wären ihm nie abgefordert worden. Die Quittungen hat R. vernichtet. Einmal fielen dem Angestellten 5 Mark in die Hände, die er sich ohne Weiteres aneignete. Weiter fallen ihm eine Anzahl Befreiungen zur Last, wobei es sich um kleine Verträge von 1,20 bis 8 Mark handelt. Theils vorgelegt R. Geschäftshaber, welche mit Böhmen in Verbindung standen, a. conto der Firma an, theils erzwungen wurden. Die Kunden erhielten dann die ihnen zufallenden Nachzahmungen und die Differenz stießte a. in die Tasche, auf solche Weise unterschlug er gegen 2000 Mark. Die unrichtigen Quittungen soll der Angestellte selbst unterstellt und als Beweis der erfolgten Zahlung seinem Chef vorgelegt haben, dies bestreitet er jedoch und beauptet, die Belege wären ihm nie abgefordert worden. Die Quittungen hat R. vernichtet. Einmal fielen dem Angestellten 5 Mark in die Hände, die er sich ohne Weiteres aneignete. Weiter fallen ihm eine Anzahl Befreiungen zur Last, wobei es sich um kleine Verträge von 1,20 bis 8 Mark handelt. Theils vorgelegt R. Geschäftshaber, welche mit Böhmen in Verbindung standen, a. conto der Firma an, theils erzwungen wurden. Die Kunden erhielten dann die ihnen zufallenden Nachzahmungen und die Differenz stießte a. in die Tasche, auf solche Weise unterschlug er gegen 2000 Mark. Die unrichtigen Quittungen soll der Angestellte selbst unterstellt und als Beweis der erfolgten Zahlung seinem Chef vorgelegt haben, dies bestreitet er jedoch und beauptet, die Belege wären ihm nie abgefordert worden. Die Quittungen hat R. vernichtet. Einmal fielen dem Angestellten 5 Mark in die Hände, die er sich ohne Weiteres aneignete. Weiter fallen ihm eine Anzahl Befreiungen zur Last, wobei es sich um kleine Verträge von 1,20 bis 8 Mark handelt. Theils vorgelegt R. Geschäftshaber, welche mit Böhmen in Verbindung standen, a. conto der Firma an, theils erzwungen wurden. Die Kunden erhielten dann die ihnen zufallenden Nachzahmungen und die Differenz stießte a. in die Tasche, auf solche Weise unterschlug er gegen 2000 Mark. Die unrichtigen Quittungen soll der Angestellte selbst unterstellt und als Beweis der erfolgten Zahlung seinem Chef vorgelegt haben, dies bestreitet er jedoch und beauptet, die Belege wären ihm nie abgefordert worden. Die Quittungen hat R. vernichtet. Einmal fielen dem Angestellten 5 Mark in die Hände, die er sich ohne Weiteres aneignete. Weiter fallen ihm eine Anzahl Befreiungen zur Last, wobei es sich um kleine Verträge von 1,20 bis 8 Mark handelt. Theils vorgelegt R. Geschäftshaber, welche mit Böhmen in Verbindung standen, a. conto der Firma an, theils erzwungen wurden. Die Kunden erhielten dann die ihnen zufallenden Nachzahmungen und die Differenz stießte a. in die Tasche, auf solche Weise unterschlug er gegen 2000 Mark. Die unrichtigen Quittungen soll der Angestellte selbst unterstellt und als Beweis der erfolgten Zahlung seinem Chef vorgelegt haben, dies bestreitet er jedoch und beauptet, die Belege wären ihm nie abgefordert worden. Die Quittungen hat R. vernichtet. Einmal fielen dem Angestellten 5 Mark in die Hände, die er sich ohne Weiteres aneignete. Weiter fallen ihm eine Anzahl Befreiungen zur Last, wobei es sich um kleine Verträge von 1,20 bis 8 Mark handelt. Theils vorgelegt R. Geschäftshaber, welche mit Böhmen in Verbindung standen, a. conto der Firma an, theils erzwungen wurden. Die Kunden erhielten dann die ihnen zufallenden Nachzahmungen und die Differenz stießte a. in die Tasche, auf solche Weise unterschlug er gegen 2000 Mark. Die unrichtigen Quittungen soll der Angestellte selbst unterstellt und als Beweis der erfolgten Zahlung seinem Chef vorgelegt haben, dies bestre